



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer SPD**

### **Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege führt unverzüglich ein Fachgespräch zur aktuellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern durch.

Dabei sollen Vertreter der bayerischen Universitätsklinika und Fachpersonen aus den betroffenen Versorgungsbereichen eingeladen und insbesondere die folgenden Fragen behandelt werden:

1. Wie kann verhindert werden, dass Kinder mit intensivmedizinischem und/oder medizinischem Versorgungsbedarf an kindermedizinischen Abteilungen abgewiesen werden?
2. Wie ist die derzeitige finanzielle und personelle Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern einzuschätzen? Welche Rolle spielen dabei insbesondere der Fachkräftemangel, die Betriebskostenfinanzierung, die staatliche Krankenhausplanung und die Investitionskostenförderung durch den Freistaat Bayern?
3. Welche Handlungsoptionen bestehen zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Situation? Welche Rolle können oder werden dabei die Herausnahme der Kinderstationen aus dem DRG-System (DRG = Diagnosis Related Group), die staatliche Krankenhausplanung und Investitionskostenförderung, die einschlägigen Neuregelungen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes, Planungsentscheidungen der Aufsichtsräte der Universitätsklinika oder die Einrichtung eines Fonds zur Übernahme der Vorhaltekosten spielen?

### **Begründung:**

Die Vollversammlung des Landtags hat sich am 10.10.2019 auf Initiative der SPD-Fraktion mit der Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Bayern beschäftigt. Anlass für den entsprechenden Dringlichkeitsantrag waren angekündigte oder kurze Zeit zurückliegende Schließungen oder Betriebseinschränkungen von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche am Klinikum rechts der Isar der Technischen Universität München und im Dr. von Haunerschen Kinderspital. Hauptursache der zum Teil prekären finanziellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist die Logik der Leistungsabrechnung über Fallpauschalen. Im Bereich der Universitätsklinika hat die Staatsregierung direkten Einfluss auf die Sicherung der stationären Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Die Wichtigkeit und Dringlichkeit des Themas zeigte sich auch darin, dass alle anderen fünf Landtags-Fraktionen ebenfalls nachgezogene Dringlichkeitsanträge für die Plenardebatte einreichten. Die Vertreter der Regierungskoalition stellten in ihren Redebeiträgen allerdings einen dringenden Handlungsbedarf in Abrede. Man solle die Situation nicht dramatisieren; Bettenschließungen in Einzelfällen wären auf fehlendes Fachpersonal und nicht auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen; die Staatsregierung solle und werde sich weiterhin auf Bundesebene für eine ausreichende Finanzierung der Kinderkrankenhäuser einsetzen.

In einem in der Süddeutschen Zeitung vom 25.10.2019 veröffentlichten Leserbrief rufen die Direktoren von zwei Münchener Kinderkliniken dringend zum Handeln auf, um die hochwertige medizinische Versorgung schwer kranker Kinder zu erhalten. Es sei in München wiederholt vorgekommen, dass Kinder, die einer intensivmedizinischen Behandlung bedürfen, in andere bayerische Kinderkliniken transportiert werden mussten. Damit würden sie zusätzlichen Risiken durch eine verzögerte Behandlung ausgesetzt. Die beiden Klinikdirektoren erwarten ein parteiübergreifendes Vorgehen bei der Lösung der Probleme.

Der Landtag hat am 10.10.2019 die Anträge der FDP-Fraktion (Drs. 18/4022) und der Fraktionen CSU und FREIE WÄHLER (Drs. 18/4023) angenommen. Die Staatsregierung wird daher über die Auswirkungen des Pflegepersonal-Stärkungsgesetzes auf die pädiatrische Versorgung in Bayern sowie allgemein über die Sicherstellung der stationären medizinischen Versorgung für Kinder und Jugendliche berichten. Dieser Bericht der Staatsregierung ist wichtig und richtig, soll aber durch die Perspektive externer Fachpersonen ergänzt werden.